

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Belagen: Der rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

2. Jahrgang Dienstag, den 14. September 1926 Nummer 203

Die UGB-Führer für die Koalitionspolitik

Grafmann und Leipart für Zusammenarbeit mit den Kapitalisten

Die allergrößte Koalition

Einem Artikel „Gewerkschaften und Staat“ im heutigen „Vorwärts“ fordert Peter Grafmann das Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter in der Führung der Wirtschaft...

„Inneren Überzeugung“ der Schwerindustriellen sind. Der Einfluß der Arbeiterkraft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden...

Die „Tägliche Rundschau“ Stresemanns schreibt zum Eintritt Deutschlands in den Genfer Völkerbund: Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist eine vollzogene Tatsache...

Man wird sich also mit der Arbeiterkraft verständigen, in ihrer Mitwirkung versichern müssen, wenn man den Worten „Volksgemeinschaft“, „Wirtschaftsgemeinschaft“ Leben und Inhalt geben will...

Der Redakteur des „Vorwärts“ stellt dem Leipart folgende Fragen: Glauben die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Zusammenarbeit in einer Kooperation die sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterkraft mit größter Aussicht auf Erfolg befriedigt werden oder nicht?

Wir sind aus der nüchternen Erkenntnis unserer Lage heraus in ein Geschäft eingetreten, das manchen nicht gefällt, in dem wir aber sicherlich unser Interesse befriedigen können...

Die Zweifel hat auch die Lage richtig gezeichnet. Trotzdem aber werden auch die sozialdemokratischen Parteiführer, nicht nur die Gewerkschaftsbureaukraten den Boden vorzubereiten, bereit sein, die „Mitarbeiter“ mit den Industriellen zu überreden...

Leipart und mit ihm die anderen führenden Sozialdemokraten im UGB sind also für die Koalition. Wenn auch Leipart erklärt, daß die Entscheidung über diese Frage die Sozialdemokratie zu treffen habe...

Nebenbei bemerkt, klingen diese Ausführungen des regierungsamtlichen Organs über die Bedeutung des Eintritts in den Völkerbund wesentlich anders, als die gehäufte, begeisterte Lobhymnen der Sozialdemokratie...

Der Dresdener Industriellenrat hat Silberberg die folgenden Beschlüsse gefaßt und hat sie dem Reichstag vorgelegt: Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind ein einziger Feind gemacht...

Das bestellte Frage- und Antwortspiel zwischen Leipart und dem „Vorwärts“-Redakteur erscheint in der Nummer des „Vorwärts“ vom Sonntag, auf dessen ersten Seite mit einem Artikel, der für die Werbewoche für die Gewerkschaften Propaganda macht...

Das Wesentliche in ihnen ist aber der ausgesprochene Wunsch, zur Unterstützung der imperialistischen Absichten der deutschen Bourgeoisie eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu schaffen...

Der Reichsjustizminister zur Justizkrise Eine Rechtfertigung der Klassenjustiz

Wichtiges des 34. Deutschen Juristentages, der im großen Saal des Reichstages in Köln unter schwarz-rot-goldenen (1) Bannern begann, durch im Auftrag der Reichsregierung der Reichsjustizminister Dr. Wed.

mäßig schuldig vor alle Staatsbürger stellen. (Auch wenn er denationalen gefehlt ist und einen Kommunisten abzuurteilen hat. D. Red.) In der Brust des deutschen Richters liegt das Schicksal der deutschen Rechtspflege...

Die zweite Stimme, die die Bildung dieser allergrößten Koalition fordert, ist die Leiparts, der sich im Namen des UGB zum Koalitionsangebot des Großindustriellen Silberberg äußert. Leipart führt im „Vorwärts“ nach einigen Überlegungen vor der republikanischen Gewerkschaftspolitik der deutschen Großindustriellen auf die Frage: Glauben die Gewerkschaften an die Möglichkeit, daß bei Zusammenarbeit in einer Regierung die sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterkraft mit größter Aussicht auf Erfolg befriedigt werden oder nicht?

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.



Ein Schritt vorwärts

Am Samstag und Sonntag tagte im Volkshaus in Berlin der Bezirkskongress der KPD, Bezirk Ostpreußen. Vor dem Beginn...

Kongress der Werktätigen. Die Aufgaben, die der Bezirkskongress vor sich sah, waren vielfach und wichtig...

Am Sonntag begann der Bezirkskongress mit dem Referat des Generalsekretärs über die Lage in der Partei und in der Bewegung...

Am Montag begann der Bezirkskongress mit dem Referat des Generalsekretärs über die Lage in der Partei und in der Bewegung...

Am Dienstag begann der Bezirkskongress mit dem Referat des Generalsekretärs über die Lage in der Partei und in der Bewegung...

Am Mittwoch begann der Bezirkskongress mit dem Referat des Generalsekretärs über die Lage in der Partei und in der Bewegung...

Am Donnerstag begann der Bezirkskongress mit dem Referat des Generalsekretärs über die Lage in der Partei und in der Bewegung...

Am Freitag begann der Bezirkskongress mit dem Referat des Generalsekretärs über die Lage in der Partei und in der Bewegung...

Am Samstag begann der Bezirkskongress mit dem Referat des Generalsekretärs über die Lage in der Partei und in der Bewegung...

Die Beschlüsse des Bezirksparteitages

Zur politischen Lage und Aufgaben

Die in den letzten Wochen immer offener zutage tretenden neuen Kriegsvorbereitungen (die Entziehungspolitik Englands gegen Sowjetrußland, der Abbruch des englisch-französischen Vertrages, der Vertrag zwischen Italien und Spanien mit seinen Tendenz gegen die französischen Kapitalisten, die Mobilisierung in Polen, die vor allen gegen Litauen gerichtet sind, die imperialistische Vorbereitung Italiens in Afrika und anders mehr), die in den einzelnen Ländern aufstrebenden Wirtschaftskämpfe sowie die überall stärker in Erscheinung tretenden Unterdrückungsmaßnahmen gegen die arbeitende Bevölkerung, das Wüten des weißen Terrors, zeigen die Krise des internationalen Kapitalismus.

Die internationale Bourgeoisie versucht durch den Völkerverbund ihre imperialistische Politik vor den Massen zu verheimlichen. Sie erhält dazu die aktive Unterstützung der 2. Internationale. Die deutsche Bourgeoisie hat durch ihren Eintritt in den Völkerverbund die Eintrübung in die Front der imperialistischen Völkerverbünde durch diesen Schritt verlassen die deutschen Kapitalisten eine leibständige imperialistische Politik zu betreiben, und Kolonien zu erhalten. Als Gegenleistung übernimmt die deutsche Bourgeoisie die Verpflichtung, den Kampf der imperialistischen Mächte gegen die KPD zu unterstützen.

Die imperialistischen Gegensätze der kapitalistischen Mächte spitzen sich immer mehr zu. Die englische Bourgeoisie stellt mit größter Sorge den wachsenden Einfluß des amerikanischen Kapitals in Europa, Kanada, Australien und Afrika fest. Sie führt einen zähen ökonomischen und diplomatischen Kampf um sich zu behaupten. Der englisch-französische Gegensatz kulminiert im Mittelmeer, um den Weg nach Indien, um den Besitz Nordafrikas, Ostafrikas und Spaniens zu kämpfen. Die deutsche Bourgeoisie strebt nach der Befestigung der Rheinlande von der französischen Besatzung. Ununterbrochen tobt der imperialistische Kampf um Absatzmärkte und Kolonialgebiete in China, Afrika, Kleinasien usw. und jeder geringe Anlaß kann einen neuen Konflikt in Europa entfachen, einen Weltkrieg einleiten lassen.

Der Gegensatz der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion überträgt sich immer mehr den Gegensatz der imperialistischen Völkerverbünde. Der kapitalistische Kreuzkampf gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt wird mit größter Energie vorbereitet.

In den kapitalistischen Ländern, insbesondere in Deutschland, führt die Bourgeoisie unter der Parole der Herabsetzung der Produktionskosten die verheerendste Offensive für die Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern und Mittelschichten. Lohnabbau, Arbeitszeiterhöhung, Preiserhöhung durch Treibstoff und Konsumgüter, Steuererhöhungen, Steuerbefreiungen für die Kapitalisten, das sind die wichtigsten Maßnahmen zur Erhöhung der Profite der Großindustriellen und Großgrundbesitzer.

Die Betriebe werden „nationalisiert“, Arbeiter zu Millionen entlassen, die unrentablen Betriebe verstaatlicht, die im Betrieb gebliebenen Arbeiter durch Arbeitslosigkeit, Stoppuhr und launisches Wand und verlässliche Arbeitslosigkeit maßlos ausgepöbelt. Den Arbeitslosen werden Bettelkennzeichen (die durch die Stellung noch mehr rekrutiert werden sollen) hingeworfen als Unterdrückung.

Der Reichsverband der deutschen Industrie beschloß auf seiner Tagung in Dresden, weitere Maßnahmen zur Auspöbelung der Massen, denen die Vertreter der Hindenburg-Mark-Regierung, insbesondere der Finanzminister Reichhold, ihre unbedingte Zustimmung und Unterstützung erteilt. 40prozentige Steuerermäßigung für die Bourgeoisie, Verdoppelung der Steuern für die arbeitenden Massen, Abbau der Sozialpolitik, Kürzung der Erwerbslosenunterstützung u. a. sind die Forderungen der Industriellen. Diese Maßnahmen sollen in der offenen und verdeckten Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik mit den KPD- und SPD-Führern, die ihre prinzipielle Zustimmung in dem Programm des KPD und dem Koalitionsmanifest der linken SPD-Führer gegeben haben, durchgeführt werden.

Die deutsche Arbeiterklasse geht im Herbst neuen schweren Kämpfen entgegen. Die Bourgeoisie rüht, um jede Erhebung der Massen gegen Rot und Glend mit brutaler Gewalt niederzuschlagen. Die vornehmste Aufgabe der Partei ist es, die Massen im Kampf gegen Verelendung und Hunger, gegen Polizeigewalt und Terror zu sammeln und zu führen. Die nächste Etappe zur Sammlung der Massen wird

Zur den Landtagswahlen in Sachsen

Der Kongress der Werktätigen soll die Massen zusammenbringen, um die breite Einheitsfront zum geschlossenen Kampf gegen die Offensive der Reaktion herzustellen. Nur der gemeinsame außerparlamentarische Kampf der drei Klassen, ihre entschlossene Gegenwehr gegen die Ausbeuter wird die Pläne der Reaktion zunichtemachen.

Die Partei muß an Hand von praktischen Tagesfragen den Massen die Notwendigkeit der einheitlichen Kampffront und der Organisierung des Kongresses der Werktätigen zeigen. In den Betrieben und Gewerkschaften, unter den Erwerbslosen, in den Genossenschaften, in den Arbeiterorganisationen, bei den Opfern der Inflation, sowie bei den Klein- und Mittelbauern muß die Partei mit einer intensiven Werbung und Aufklärung einziehen, um alle diese Massen zum geschlossenen Kampf gegen die Reaktion zusammenzuschließen.

Zu den Landtagswahlen in Sachsen

Die sächsische Landtagswahl fällt zusammen mit der Kampagne für den Kongress der Werktätigen. Mobilisierung der breitesten Arbeiter- und Bauernmassen zur Landtagswahl durch breitenfrontigen Kampf der einheitlichen Front der Arbeiter, Bauern und Mittelschichten zum Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen die verheerendste Offensive der Industriellen, wie sie im Programm der Dresdener Tagung beschlossen wurde, gegen die Politik der Regierung Marx-Reichhold-Hindenburg.

Für den Leninismus

Der Kongress der Werktätigen soll die Massen zusammenbringen, um die breite Einheitsfront zum geschlossenen Kampf gegen die Offensive der Reaktion herzustellen. Nur der gemeinsame außerparlamentarische Kampf der drei Klassen, ihre entschlossene Gegenwehr gegen die Ausbeuter wird die Pläne der Reaktion zunichtemachen.

schonlich das Wesen der bürgerlichen Demokratie" gesagt. Die Koalitionspolitik war 1. der beste Beweis für die breiten Massen, daß die „Demokratie“ von der Bourgeoisie nur so weit gelassen wird, wie die Ausbeutung gesichert bleibt, 2. daß die Führer der SPD, ob „links“ oder rechts im entscheidenden Augenblick offen auf die Seite der Bourgeoisie treten und die Niederdrückung der rebellierenden Massen mit Gewalt betreiben, 3. daß die SPD-Führer im Auftrag der Bourgeoisie die Organisation der Arbeiter spalten, um mit vereinten Kräften die Koalition zu retten und die kampfbereiten Arbeiter zu verzerren, daß die „links“ Führer ebenso wie die rechten die Beschlüsse des Generals Müller und des von der Bourgeoisie eingesetzten Justizdirektors Heine ohne Notizen durchführten, 6. daß das „links“ der SPD-Führer ein radikaler Verrat ist, um die Massen über den Verrat zu täuschen. Die Politik der Koalitionspolitik ist eine einzige Kette von Schicksalen und Unterwürfungen an die Bourgeoisie, angefangen bei Steuererleichterungen, Unterstützung durch die Richter bei Lohnabbau und Arbeitszeiterhöhung, Maßregelung von Betriebsräten (wobei die Staatsbetriebe das Beispiel gaben) bis zur Verhinderung der Gemeindeförderung, die gegenüber der ebenfalls unzulänglichen Fassung von 1923 der Verwaltungsbürokratie des alleinigen Bestimmungsmacht sichert und die Gemeindevorsteher zur Staffage degradiert.

Zur Befestigung des im hochindustriellen Sachsen besonders großen Glends der Werktätigen wurde nichts getan. Für das riesige Erwerbslosenheer werden keine Mittel ausgemacht. Die durch das Hochwasser geschädigten Klein- und Mittelbauern werden ungenügend unterstützt. Offen werden die Stilllegungen der Betriebe unterstützt, auch wenn ersichtlich ist, daß sie nur zum Rohbrand erfolgen. Die Mietzinssteuer und andere Steuererleichterungen an die Bourgeoisie bedeuten, als auch darüber hinaus dem Kapital erhebliche Profite sichern.

Die Partei muß alle Kräfte anspannen, um die Massen um die Fänge des Kommunismus zu sammeln. Unser Kampf darf sich nicht darauf beschränken, die Koalitionsparasiten von der Seite bis Bläser an den Pranger zu stellen. Wir müssen vor den Massen des Kleinbürgertums die Demagogie der deutschnationalen Reiter dieser Koalition enttarnen. Der Hauptstoß aber muß gegen die „links“ SPD-Führer konzentriert werden, weil diese der Hauptstamm der Konzentrierung der revolutionären Kräfte zum Sturz der Bourgeoisie sind.

Die „links“ Führer haben nicht nur jahrelang mit Betrüben und Konfusen Koalitionspolitik getrieben, sie sind im Oktober 1923 im entscheidenden Moment mit fliegenden Fahnen zur Bourgeoisie übergegangen und haben durch ihren Verrat erst die Diktatur Müllers und die Folgen der Koalitionsregierung ermöglicht. Sie führten den schärfsten Kampf gegen die kommunistische Partei, die Sowjetunion und gegen die Reichsdelegationen. Selbst im Parlament haben sie in wichtigen Fragen mit dem gesamten Bürgerium und den Reichs-Deputierten gegen die Kommunisten gestimmt und sie haben immer offen erklärt, daß sie auch bereit sind, mit dem Bürgerium Koalitionspolitik zu machen. Die „links“ Führer haben ständig abgelehnt, einen außerparlamentarischen Kampf gegen die sächsische Koalitionsregierung zu führen. Die KPD muß diesen Wahlkampf benutzen, um die Massen in erster Linie vor Illusionen über die „Einheit“ der Kräfte, Edel, Niedmann und Konfusen zu warnen und deren wahre Rolle als Helfer der Bourgeoisie enttarnen. Das wird aber nur dann erreicht, wenn der Widerspruch zwischen ihren Worten und Taten bei allen Tagesfragen bemerkt und die Landtagswahlkampagne unter dem Parolen des Kongresses der Werktätigen geführt wird.

Für den Leninismus

Der Bezirkskongress weist die Angriffe des politisch vollständig prinzipienlosen Blods von Sinowjew bis Trotski, die Organisierung der illegalen fraktionellen Arbeit und die Uebertreibung des oppositionellen Kampfes auf die Internationale mit Entschiedenheit als einen Angriff auf die Diktatur des Proletariats zurück.

Der Bezirkskongress erklärt sich für den leninistischen Grundgesetz, daß der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion möglich ist. Er betrachtet die neue ökonomische Politik als die einzig richtige Wirtschaftspolitik auf dem Wege des Sozialismus und verweist dabei auf das die Privatunternehmen weit überfüllende Anwachsen der sozialistischen Staatsbetriebe und der Genossenschaften.

Der Bezirkskongress erachtet das Bündnis des Proletariats mit dem Bauerntum für eine wesentliche Grundlage des Bestehens der Diktatur des Proletariats. Der Zerfall dieses Bündnisses, die hohe Neutralisierung der Bauern, muß zu einer Lösung der Partei des Proletariats von den Massen führen.

Der Bezirkskongress erachtet die Taktik des Plenums des ZK und der ZK der KPD bei den Sowjetwahlen für die Befreiung der Sowjets für vollständig richtig.

Während der Bezirkskongress erklärt, daß er die Politik des ZK und der KPD unbedingt unterstützt, unterstreicht er nochmals die Unzulänglichkeit der Gruppen- und Fraktionsbildung, die den Anfang der Bildung neuer Parteien darstellt, eine Unterdrückung der Konterrevolution bildet und die Diktatur des Proletariats unterminiert.

Der Bezirkskongress stimmt vorbehaltlos den Beschlüssen des Plenums des ZK der KPD zu und schließt sich den Beschlüssen des ZK der KPD und des Landesvorstandes Sachsen an.

Der Bezirkskongress begrüßt, daß die Partei eine gründliche Information der gesamten Mitgliedschaft über die Politik in der Sowjetunion durchführt. Er ist überzeugt, daß dadurch die innere Geschlossenheit, die Schlagkraft und Werbetauf der Partei und der Kommintern gesteigert wird.

Der Bezirkskongress begrüßt, daß das ZK der KPD die Mitgliedschaft zur Wahrung der Einheit der Partei gegen die Spaltung durch die Kräfte, die sich gegen die Einheit der Partei kämpfen. Vornehmste Pflicht jedes Parteimitgliedes ist es, für die Einheit der Partei und die Steigerung ihrer revolutionären Aktionskraft einzutreten.

Den oppositionellen Arbeitern gegenüber gilt es in besonderer Weise die Auseinandersetzung den Beweis der Richtigkeit der Parteipolitik zu erbringen. Die Genossen, wie Urhahn, müssen sich entscheiden, ob sie gegen jede Fraktionsbildung in der Partei kämpfen. Vornehmste Pflicht jedes Parteimitgliedes ist es, für die Einheit der Partei und die Steigerung ihrer revolutionären Aktionskraft einzutreten.

- Gegen alle Spalter und Fraktionsmacher! Gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten aller Schattierungen! Es lebe die einheitlich kämpfende KPD! Es lebe die kommunistische Internationale!





